

Arbeiter-Zeitung

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

6. Jahrgang

Dresden, Dienstag den 7. Oktober 1930

Nummer 234

Der Proteststurm gegen Brüning-Koalition

SPD-Funktionäre Falkensteins fordern Ablehnung jeder Koalitionspolitik / „Unsere Parteioffiziere haben Verbindung mit uns verloren“ / SPD-Arbeiter, zieht die Konsequenzen! Sinein in die rote Klassenfront!

Dresden, den 7. Oktober.

Hiederall bricht die Empörung der SPD-Arbeiter über den Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion aus. Selbst aus den von den Redaktionen der SPD-Zeitungen strifften Besichten über Mitglieder- und Funktionärstätigkeiten der SPD ist die wachsende Proteststimmung der Mitgliedschaft nicht mehr zu verhehlen. Die sozialdemokratische „Volkszeitung“ für das Vogtland“ berichtet in ihrer gestrigen Ausgabe über eine Unterbezirkskonferenz, die am Sonntag in Falkenstein im Vogtland tagte. In Falkenstein sind wir die stärkste Partei. Der 14. September brachte uns in diesen Gebieten einen ungeheuren Zuwachs. Wie muß nach dem Beschluß der SPD-Reichstagsfraktion in diesem Bezirk die wahre Stimmung der SPD-Arbeiter sein, wenn ausgerechnet der sächsische Landtagsabgeordnete Müller sich zu solchen Ausführungen verleiten lassen mußte:

„Die neuen Maßnahmen, das neue Regierungsprogramm der Brüning-Regierung sind die grausamste Mißachtung der Existenzberechtigung der arbeitenden Masse. Wir müssen Schluss mit der sogenannten Staatspolitik machen. Sollen wir denn einen Staat führen, der so die Lebensinteressen der Arbeiter mit Füßen tritt, wie es augenblicklich geschieht? Wir haben heute eine Klassenregierung im schlimmsten Art, eine Klassenregierung, schlimmer und reaktionärer als die absolutistischen Regierungen des wilhelminischen Systems. . . und der Gedanke, daß wir jene ungeheuerlichen Maßnahmen sanktionieren (anerkennen, D. Red.), um den Regierfluß auf die Regierung abzuwehren, ist einfach absurd. Wir müssen fragen: Was haben wir mit dieser Art Politik überhaupt aufgezogen? Wenn wir das Schlimmste aushalten wollen, wenn wir letztendes wieder siegreich vorstehen wollen, dann können wir das nur tun, indem wir jede Zuschüßlung mit dieser Gesellschaft ablehnen.“

„In der Diskussion“, schreibt das Vogtländer SPD-Blatt, „kam die tiefe Unzufriedenheit der Funktionäre mit dem neuen Beschluß der Reichstagsfraktion zum Ausdruck.“

„Wir haben das Gefühl“, sagte einer der Funktionäre aus den Waldhörtern, „daß unsere Parteioffiziere mit uns Parteien im nördlichen Sachsen die Verbindung verloren haben.“

In einer Entschließung wird von der Reichstagsfraktion die Ablehnung jeder Koalitionspolitik gefordert. „Ganz besonders aber muß die Forderung und Unterstützung der Brüning-Regierung für die Partei verhängnisvoll wirken.“

Die „linken“ Führer im Sachsen verstehen die Rechnungsträger und den Mitgliederbeitrag. Dieser selbe Referent und Abgeordnete Müller, der so radikal sprach, wird weiterhin die Sozialdemokratische Partei als die „einzige wahre Arbeiterpartei“ bezeichnen und den empörten SPD-Arbeitern erklären, daß jede organisatorische Maßnahme, jede Loslösung von der

SPD „gegen die Interessen des Proletariats“ verstößt. Die SPD-Arbeiter müssen endlich erkennen, daß jeder Kampf gegen Faschismus und Brüning-Diktatur mit der Zugehörigkeit zu ihrer Partei unvereinbar ist, daß die Politik ihrer Führer dem Faschismus den Weg bereitet und das Proletariat als Klasse an seine grausamsten Feinde ausliefert.

Allen kommunistischen Arbeitern sollten die jetzigen Vorgänge in der SPD eine ernsthafte und eindringliche Mahnung sein, ihre Bemühungen um die Bildung der proletarischen Einheitsfront zu verstärken, im Kampfe gegen Faschismus und Brüning-Diktatur, gegen Steuer- und Lohnraub das Klassenbündnis mit den parteilosen und sozialdemokratischen Arbeitern herzustellen.

Gefährlich auf Gegenseitigkeit

SPD im Reiche für Brüning — Brüning in Preußen für SPD

Berlin, 7. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Zusage der SPD-Führer, die Brüningdiktatur zu tolerieren, gab SPD-Frau Braun Veranlassung, in bezug auf die Anträge zur Auflösung des Preussischen Landtags zu äußern, daß eine solche Auflösung nicht in Frage komme. Das Zentrum habe SPD-Frau bestimmte Zusagen nach dieser Seite hin gemacht, so daß eine Mehrheit für die Auflösungsanträge im Landtag nicht vorhanden ist.

So antwortet Severing den empörten SPD-Arbeitern:

Karabiner her zur Verteidigung des Brüning-Kurses!

Severing heßt die Polizei zum Schießen auf — „Polizeiknüppel und härtere Waffen müssen im Winter gebraucht werden“

Krefeld, den 7. Oktober.

Auf dem Niederrheinischen Polizeitag, der hier stattfand, nahm Severing (Ehrenvorsitzender der Vereinigung polizeiwissenschaftlicher Fortbildung) das Wort. Er solidarisierete sich namens der SPD voll und ganz mit dem Willkürrechtsausprogramm, das die Brüning-Regierung aufgestellt hat:

„Es kommt jetzt darauf an, daß sich alle Interessen der Personen, die im Staatsdienst stehen, darauf erstrecken, unsere

Herr Edel, wer hat die Arbeiter angeklagt?

8 Tage vor der Reichstagswahl stimmten die Vertreter der sozialdemokratischen Preußenregierung im Reichsrat den Diktaturverordnungen Brünings zu. Wir registrierten in der Arbeiterstimme diese Tatsache und folgerten daraus, daß nach der Wahl die sozialdemokratische Reichstagsfraktion denselben Weg der Unterstützung Brünings beschreiten werde wie ihr Parteigenosse Braun in Preußen. Die Dresdner Volkszeitung, das Blatt des Herrn Edel, antwortete darauf:

„Die Erzählung der Kommunisten ist ein aus schmutzigen Fingern gesogener Schwindel, der jeder Grundlage entbehrt. . . Es handelt sich nach diesen Feststellungen also um eine absichtliche und bewußte verleumderische Unwahrheit, die von kommunistischer Seite gegen die Sozialdemokratie verbreitet wird. Das kann jedem Kommunisten öffentlich ins Gesicht gesagt werden, der diesen infamen Schwindel mitmacht.“

Die Wahlen sind vorüber, die Masken der sozialdemokratischen Wahlbetrüger fallen gelassen. Der Beschluß der SPD-Reichstagsfraktion bedeutet die bedingungslose Unterstützung Brünings. Wer hat die Arbeiter angeklagt? Wer hat „aus schmutzigen Fingern gesogene verleumderische Unwahrheiten“ verbreitet? Sie, Herr Edel, und Ihre Wahlredner und Ihre Presse! Wollen die SPD-Arbeiter sich noch einmal belügen lassen?

Finanzen in Ordnung zu bringen. Das Reformprogramm der Reichsregierung ist nicht nur als Willensfundegebung dieser Regierung zu werten, sondern auch als ein Forderungsgegenüber dem Ausland. Ich bin der Meinung, daß wenn alle Volkswirtschaften im Interesse des Staates ganzen Opfer bringen müssen, dies auch alle Beamten gern tun werden. Weil das Regierungsprogramm nicht nur innerpolitische, sondern auch außenpolitische Bedeutung hat, will ich auf das, was ich in ihm an Schwächen finde, nicht länger eingehen.“

Einverständnis also mit dem Gehaltsraub! Einverständnis also mit dem von der Regierung ausdrücklich angekündigten Lohnraub in der Privatindustrie! Einverständnis also mit der Erhöhung der Tabaksteuer, der Streichung der Reichszuschüsse an die Arbeitslosenversicherung und der Beitragserhöhung.

Aber weil das Volk das nicht mitmachen will weil die Bourgeoisie sieht, daß in diesem Winter sich die schaffenden Massen gegen das mahnwichtige Ausbeuterregiment erheben werden, erklärt Herr Severing wortwörtlich weiter:

„Während würde es sein, wenn im kommenden Winter die Entbehrungen weitere Volkswirtschaften sie zu dem Jerglauben verleiten, sie könnten mit Strafenkampft, mit Lebensmittelmangel die Lage Deutschlands bessern. Da muß auf die wichtige Aufgabe hingewiesen werden, die der Polizei im nächsten Winter wieder entgegensteht und die sie mit festem Blut, fähigem Mut, mit großer Entschlossenheit und ganzem Opferwillen erfüllen muß.“

„Es ist selbstverständlich, daß jeder Beamter seine Pflicht tut, und wenn es auch eine harte Pflicht ist. Je mehr Sie diese Gedanken angeht zu eigen machen, je mehr Sie von den Erfordernissen unseres Wirtschaftslebens (lies: des Kapitalismus, D. Red.) durchdrungen werden, um so bessere Verteidiger der Staatsautorität sind Sie, auch wenn Sie dazu gezwungen sein sollten, unruhige Volkshäufen in Schach zu halten. Polizeiknüppel und härtere Waffen dürfen in diesem Winter nicht aus dem Dienst gestrichelt werden.“

Das ist der Appell zum Mord! Das ist die offene Aufforderung zur Wiederherstellung der von den Bürgern

Sozialdemokratisches Vertrauensvotum für das Schied-Kabinett?

Zur heutigen Landtagsitzung — Ministerpräsidentenwahl und Antrag auf Landtagsauflösung auf der Tagesordnung

Dresden, 7. Oktober.

Auf der heutigen Tagesordnung der Landtagsitzung stehen die Punkte Ministerpräsidentenwahl und Landtagsauflösung. Eine Ministerpräsidentenwahl wird abermals an den parlamentarischen Mehrheitsverhältnissen scheitern. Ob es zur Landtagsauflösung kommt, hängt einzig von dem Verhalten der SPD ab. Dazu schreibt die „Leipziger Volkszeitung“ von gestern:

„Höchst unwahrscheinlich ist auch die Auflösung des Landtages, für die sich kaum eine Mehrheit findet. Was aber soll dann werden? Daß eine Regierungsbildung unter Teilnahme der Sozialdemokratie möglich wäre, ist nicht anzunehmen. So bleibt also nichts anderes übrig, als das Weiterbestehen der geschäftsführenden Regierung. Das ist vom Standpunkt des Parlamentarismus in jeder Beziehung gewiß ein höchst unperfekter Zustand. Wer die geschäftsführende Regierung ist in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung trotz schwerster Bedenken noch immer das unendlich viel kleinere Übel gegenüber einem Regierfluß.“

Noch vor wenigen Tagen hat dieselbe sächsische SPD-Presse ihrer Reichstagsfraktion den Vorwurf gemacht, daß die „Politik des kleinsten Übels“ dem Faschismus den Weg bereitet. Jetzt besteht sie für die sächsische Politik dieselbe Plattform. Dabei wird das Schied-Kabinett von denselben Parteien getragen, die sich mit der Bildung eines Kabinetts einverstanden erklärt haben und sogar Einseitiger desselben waren. Es ist dasselbe Kabinett, das auf dem Verordnungswege ohne Verstoß des Landtags Brüning's Diktatur-Verordnungen in Sachsen eingeführt hat. Es ist die Regierung, die die Arbeitsbeschaffung für Sachsen sabotiert. Es ist ein erzkonservatives Kabinett. Ihm gegenüber erklären sich die „linken“ SPD-Führer zur weiteren Unterstützung bereit.

Statt den kommunistischen Auflösungsantrag zu unterstützen, den Wahlkampf zur außerparlamentarischen Mobilisation des sächsischen Proletariats gegen den Faschismus auszunutzen, erklärt sie sich als Hüter der Bürgerblut-Regierung und ihres Landtages. Ihre Stellung unterscheidet sich in nichts von derjenigen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gegenüber dem Brüning-Kabinett.

Kollapsen! „Volksfrüppel und harte Wotten dürfen in diesem Winter nicht aus dem Dienst gelöst werden.“ Hört ihr es, Arbeiter? So hilft euch die Sozialdemokratie gegen das Diktatorregiment des Bürgerbols! Mit Peitschen und Schlägen werdet ihr von den Brüning, Siegelwald, Schiele und Hindenburg geschlagen. Aber wenn ihr euch gegen den Ausschlagungsstich zur Wehr setzt, dann lassen euch die Sennering, Pfeilner und Jargel bei Blei zwischen die Rippen jagen.

Die Sozialdemokratie — das sind die Bajonette und Karabinerlängen, die euch entgegenstarren, wenn ihr den Marsch zur sozialistischen Revolution, zur Enteignung der euch arbeitslos machenden Reichen antretet.

Hitler wird „peinlich alle übernommenen Pflichten erfüllen“

Berlin, 7. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)
Über den Inhalt der Besprechungen zwischen Brüning und Hitler wird stillschweigend gemauert. Die Besprechungen lassen in den nächsten Tagen fortgeführt werden. In welcher Richtung die Brüningdiktatur Hilfsdienste leisten, geht aus einer Mitteilung des amerikanischen Korrespondenten Emil A. Wegand hervor, nach welcher Hitler die Brüningdiktatur mit folgenden Worten ihm gegenüber anerkennt:

„Das Deutschland, das ich führen werde, wird nicht unterzeichnen, was wir nicht mit voller Überzeugung für durchführbar halten, aber peinlich alle übernommenen Pflichten erfüllen.“

Auf dieser Basis hat auch Hitler der Brüningdiktatur Konzessionen gemacht. In diesem Zusammenhang ist die Stellung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ vom Montagabend bemerkenswert, die über die parlamentarische Lage folgendes schreibt:

„Die Ablehnung des kommunistischen Währungsantrages liegt nicht mehr außerhalb des Möglichen. Es könnte der eigenartige Fall eintreten, daß die Regierung dabei sowohl von den Nazis wie von der Sozialdemokratie zunächst Unterstützung erfährt.“

Brüning bei Hindenburg

Berlin, 7. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)
Wie verlautet, wird Reichkanzler Brüning morgen zu Hindenburg gehen, um ihm die Mitteilung zu machen, daß die bisherigen Besprechungen noch keine Entscheidung über die Regierungsfrage gebracht haben. Die Verhandlungen würden weitergeführt werden. Die Versicherungen der Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion liegen es aber wahrscheinlich erscheinen, daß die Regierung im Reichstag eine Mehrheit erhalten

Der Fünfjahrplan der deutschen Bourgeoisie

Ungeheuerliche Verschärfung der Wohnungsnot — Aufhebung des Mieterschutzes!
Dr. Ernst Cohn, Vorsitzender des Landesauschusses Sachsen der AIZ

In ihrem Finanzprogramm stellt die Reichsregierung in Aussicht, daß die Linie der Wohnungsbaupolitik, die im zehnjährigen Hauptprogramm des Jahres 1930 vorgezeichnet ist, grundsätzlich weiter verfolgt werden soll. Selbst das Berliner Tageblatt kann sich angefaßt solcher Versicherungen leichter, ironischer Bemerkungen nicht enthalten und muß feststellen, daß man diese Zusagen der Reichsregierung mit harten Zweifeln aufnehmen müsse.

Und in der Tat muß gesagt werden, daß wenn schon das Hauptprogramm für das Jahr 1930 nicht im entferntesten den dringenden Anforderungen entsprach, dieses sogenannte Bauprogramm der Regierung für die nächsten 5 Jahre eine Katastrophe von ungeahntem Ausmaß auf dem Wohnungsmarkt signalisiert.

Um bis 1940 wieder zur „normalen“ kapitalistischen Wohnungsnorm zurückzuführen, müßten nach Feststellungen des Reichstagsabgeordneten Gen. Georg Schumann jährlich 375.000 Neubauwohnungen erstellt werden. Im besten Baujahr (1929) wurden jedoch nur 317.000 Wohnungen hergestellt. Die Anzahl der im Jahre 1931 nach dem Programm der Reichsregierung herzustellenden Wohnungen wird mit 215.000 in Aussicht genommen, wovon allerdings nur 165.000 Wohnungen unter Hinzunahme der Hausinsitutermittel hergerichtet werden sollen. Die weiteren 50.000 Wohnungen des nächstjährigen Wohnungsbauprogramms sollen lediglich mit den Mitteln des freien Kapitalmarktes hergerichtet werden. Durch diese Droßelung des Wohnungsbaues sollen erneut 400 Millionen Mark aus den Hausinsitutermitteln eingepart und für den allgemeinen Finanzbedarf verwendet werden. Die Befragung der Bevölkerung durch die Hausinsitutsteuer beträgt jährlich 2,1 bis 2,2 Milliarden Mark. Davon sind in den letzten Jahren nur 800 bis 850 Millionen zum Wohnungsbau verwendet worden. Anstatt dem ursprünglichen Zweck dieser Steuern entsprechend, die einkommenden Milliardensummen zur Fertigstellung von Arbeiterwohnungen zu erträglichen Mieten zu verwenden, fließen diese Mittel direkt oder indirekt in die Taschen des Unternehmertums und insbesondere des Hausbesitzerkapitals.

Die Kürzung der Hausinsitutermittel um 400 Millionen Mark soll für die Senkung von Steuern, und zwar zur Senkung der Realsteuern verwendet werden. Diese soll bereits am 1. April 1931 in Kraft treten. Die Regierung schlägt eine Senkung der Gewerbesteuer um 20 und der Grundsteuer um 10 Prozent vor. Dem Reichsjustizminister Dr. Brüning, als dem konsequentesten Vertreter der Forderungen der großen Hausbesitzer in der Regierung, ist es also gelungen, seinen Auftraggebern abermals Hunderte von Millionen zuzuschlagen. Selbst das Berliner Tageblatt muß folgende Feststellungen machen:

„Bei alledem ist nicht zu übersehen, daß das Volumen der Bautätigkeit, soweit der Wohnungsbau in Frage kommt, bei Durchführung des neuen Programms auf jeden Fall eine erhebliche Schrumpfung erfahren wird.“

Wenn heute schon nahezu 50 Prozent aller Bauarbeiter mitten in der Hochkonjunktur des Baugewerbes ohne Beschäftigung sind, so werden es im Jahre 1931 75 Prozent und mehr sein, und wird diese Zahl der erwerbslosen Bauarbeiter von Jahr zu Jahr steigen, da dieser Fünfjahrplan der Bourgeoisie von Jahr zu Jahr eine weitere Einschränkung der öffentlichen Mittel für den Wohnungsbau vorsieht, und die Wohnungsnot wird ein ungeahntes Ausmaß erhalten; denn die Verwendung öffentlicher Mittel für den Wohnungsbau soll spätestens am 1. April 1936 vollständig eingestellt werden. Die Worte des Reichsjustizministers Dr. Brüning auf dem 21. Verbandstag der Hausbesitzer in Danzig:

„Aber am Ende des Weges, den wir heute in der Reichsregierung bemüht verfolgen, steht die freie Wohnungswirtschaft reiflos, die Verschärfung kann ich Ihnen geben.“ sollen sehr schnell Erfüllung werden durch den Abbau der Wohnungsbaupolitik. Sowohl das Reichsministerium wie das Mieterschutzgesetz sollen bis spätestens zum 1. April 1936 beseitigt werden, d. h. schon jetzt soll begonnen werden mit erneuten Erhöhungen der Mieten auch in den Mietswohnungen und mit einer Beseitigung des bestehenden Mieterschutzgesetzes.

Gegen den Fünfjahrplan des sozialistischen Ausbaues in der Sowjetunion stellt die deutsche Bourgeoisie als sogenanntes Sanierungsprogramm einen Fünfjahrplan, der zur Durchführung gelangt, fürchterliches Elend der Mieter, der Wohnungslosen, der gesamten werktätigen Massen mit sich bringen muß.

Die Sozialdemokratie ist weder willens, noch in der Lage gegen diesen neuen Vorstoß der sozialen Reaktion den Kampf zu organisieren. Derselbe sozialdemokratische Ministerpräsident Preußens, Otto Braun, der gegen den Willen des Preussischen Landtages durch Erhöhung der Grundvermögenssteuer eine vierprozentige Erhöhung der Mieten auf dem Verordnungswege in Kraft setzte, hat im Auftrag der SPD wieder Erhaltung der Preussentaxation von ungeheuerlichen Wägen Brüning zugestimmt! In Dresden verteidigt der Sozialist Reich den Proletariats die Mieten, in Leipzig entpuppt sich der Wohnungsbaudepartment Freitag (SPD) als Hausbesitzerlakai, in Chemnitz löst der sozialdemokratische Stadtrat Rauner wertvolle Mieter, die um Lohn und Brot kämpfen, aus häßlichen Wohnungen herauswerfen.

Hinter den Sozialdemokraten können die Nationalsozialisten natürlich nicht zurückbleiben. Der nationalsozialistische Minister Dr. Brüning hat am 15. April 1930 folgende drei Verordnungen erlassen:

1. Das Wohnungsmangelgesetz wird für 72 Prozent der städtischen Bevölkerung aufgehoben.
2. Die Grenze für „teure“ Wohnungen wird wesentlich herabgesetzt — für kleine Gemeinden auf 180 Mark Jahresmiete.
3. Durchführung einer 20prozentigen Mieterhöhung für die sogenannten teuren Wohnungen.

Zugleich hat Brüning eine allgemeine Mieterhöhung von 6 Prozent durchgesetzt.

Nur die kommunistische Partei hat kühn und tollkühn die Forderungen der werktätigen Mieter und der Wohnungslosen vertreten. Unter ihrer Führung rufen auch jetzt die Massen in der AIZ zusammengefaßten Organisationen die Massen zum außerparlamentarischen Kampf gegen die Hungerdiktatur der Reichsregierung und ihrer Kasten auf.

Seite an Seite mit den kommunistischen Arbeitern und ihren Vertretern in Parlamenten und Massenorganisationen müßten die sozialdemokratischen und parteilosen Arbeiter, müßten die Angestellten und unteren Beamten, die Kleinrentner, die Arbeiter und kleinen Bauern den Kampf gegen Wohnungsnot und Mietswucher führen. Auch in Deutschland muß die Wohnungskapitalistische Profitwirtschaft entzogen werden. Der Kampf um eine menschenwürdige Wohnung ist der Kampf um eine sozialistische Wirtschaftsgestaltung. Gegen diesen schändlichen Fünfjahrplan der deutschen Bourgeoisie zur weiteren Verschärfung der Wohnungsnot rufen wir die Massen auf zur Beseitigung der wertvollen Arbeiter und der Massen durch den Fünfjahrplan der Sozialistischen Ausbaues durch den Fünfjahrplan der Sowjetunion. Am Kampfe um ein Sowjetdeutschland werden wir die Millionen Massen der Enterbten unter dem roten Banner des Klassenkampfes sammeln und die Pläne der Bourgeoisie zunichtemachen.

67 Monate Gefängnis gegen Kameraden des verbotenen NSD

Die Saat der Sebering und Orzelski geht auf

München, 7. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)
Hier fand gestern der Prozeß gegen 21 Arbeiter statt wegen Fortführung des Roten Kampfbundes. Der ehemalige Reichsführer der Roten Jungfront, Emil Palsch, wurde zu vier Monaten, 21 Angeklagte zu je drei Monaten Gefängnis verurteilt, ein Angeklagter wurde freigesprochen.

Polizeibeamte zeugen gegen den Staatsanwalt

SPD-Galle hat provoziert
Leipzig den 7. Oktober.
Am Montag wurden die Verhandlungen im Prozeß gegen Mitglieder der Kommunistischen Jugend fortgesetzt. Der Wachmeister Heinze bekundete, daß die Demonstranten ruhig gewesen seien und er nicht bemerkt habe, daß mit Steinen geworfen worden sei.

Der nächste Zeuge, Oberwachmeister Kolbe, der am stimmungsmäßigen Steinewerf Dienst tat, erklärte, daß absolut keine Veranlassung vorhanden gewesen sei, von der Schußwaffe Gebrauch zu machen.

Erst nachdem der Hauptmann Galle diesen Befehl gegeben habe, habe sich eine Erregung bei den Demonstranten bemerkbar gemacht. Wäre das Privatauto nicht in die Demonstration hineingefahren, so wäre sicher der ganze Zwischenfall nicht passiert.

Durch weitere Polizeizeugen wird festgestellt, daß die Ordner des NSD an allen Stellen gute Wachpostenarbeit geleistet haben und daß sich die Ordner bemüht, jeden Zusammenstoß zu verhindern.

Der Zeuge Dr. W. Pisch, Redakteur der Neuen Leipziger Zeitung, erklärte ebenfalls, daß nur durch das Dazwischenfahren des Autos und durch den Befehl des Hauptmanns Galle, von der Schußwaffe Gebrauch zu machen, die Erregung unter die Demonstranten kam und dann zu den zur Anklage stehenden Verhältnissen führte.

Die Verteidigung unternahm in der Montagtagung einen entscheidenden Vorstoß. Genosse Rechtsanwalt Horstmann beantragte die Ladung mehrerer kommunistischer Funktionäre, des Staatsanwalts Förder sowie eines psychopathischen Sachverständigen für den Angeklagten Hauptmann Galle. Die Verhandlung nimmt am Dienstag ihren Fortgang.

Der ehemalige Reichswehrsoldat Mehlhorn

der wegen Waffendiebstahls 7 Jahre Zuchthausstrafe verbüßt hat, spricht
am Dienstag, dem 14. Oktober im Kristallpalast, Schäferstraße
Die „Roten Raketen“, Dresden, spielen mit Eintritt: Erwerbslose 30 Pf., Arbeitende 50 Pf., Karten sind zu haben bei allen Funktionären der Roten Hilfe, Jakobsgasse 15, sowie in der Buchhandlung, Flemmingstraße, und beim Erwerbslosenausschuß.

Massenstreik zwingt Faschismus zum Rückzug

Der revolutionäre Aufstieg des spanischen Proletariats

Madrid, 7. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)
Der revolutionäre Massenstreik gegen den für Sonntag geplanten Faschistenaufruf dauert als Protest gegen die Polizeitalentitäten an.

Die Faschisten waren am Sonntag trotz hartem Polizei- und Militärdruck nicht imstande, im Industriezentrum Bilbao zu demonstrieren. Die Arbeiter durchbrechen alle Posten und ziehen die Faschisten zurück. Bei diesen Zusammenstößen wurden 40 Personen verwundet.

Überall zieht die Bourgeoisie ihre letzten Reierben heran

In Rumänien
Bukarest, 7. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)
Das sogenannte Bauernkabinett ist gesprengt. Der bisherige Ministerpräsident Banu überreichte seine Demission, die von Carlo angenommen wurde, der ein Konzentrationskabinett bilden wird. Dieses hat die Aufgabe, noch schärfere Maßnahmen gegen die rebellierenden Bauern und Arbeiter zu unternehmen, die unter der Wirtschaftspolitik ungeheurer leiden. Außerdem soll das neue Kabinett den Kurs gegen die Sowjetunion verschärfen.

In Oesterreich
Wien, 7. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)
Nach Meldungen der Landbund-Korrespondenz besteht ein geheimer Heimwehrplan zur Einhebung der Diktatur, nach welchem die bestehende Verfassung aufgehoben werden soll. Es ist ein oberster Führerrat vorgezogen, an den die Gesetzgebung und Finanzierung übergehen soll. Neben ihm soll ein großer und ein kleiner Staatsrat eingesetzt werden.

Wie wir aus durchaus sicherer Quelle erfahren, haben am 11. Oktober in München Geheimbesprechungen zwischen Hitler und dem faschistischen Innenminister Österreichs, Staroberg statt, bei denen ein gemeinsames Vorgehen der deutschen und österreichischen Faschisten bei der Errichtung und Festigung einer Diktatur festgelegt werden soll.

Wieder Millionengewinne für Morgan und Co.

Berlin, 7. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)
Der frühere Reichsbankpräsident Schacht, der vor wenigen Tagen in den Vereinigten Staaten eintraf, ist trotz aller seiner Demenzen immer Beauftragter der Regierung, der den Boden für

Riesenberdienste in der Textilindustrie

Die mit zuletztem Tempo durchgeführte Nationalisierung in der Textilindustrie und der andauernde Lohndruck hat trotz der Wirtschaftskrise die Profite der Unternehmer wesentlich gesteigert.

Die westfälische Spinnweberei in Plauen, die im vergangenen Jahre ihre Aktionärsgewinne von 9 auf 14 Prozent steigern konnte, hat nach erheblichen Abschreibungen und verbleibenden Reserven sowie Sonderumlagen an die Aktionäre auch in diesem Jahre den sehr hohen Stand ihrer Dividende weiterhalten können. Sie schüttet 11 Prozent aus. In dem Geschäftsbericht wird auch zum Ausdruck gebracht, daß im laufenden Geschäftsjahr ein Aufstiege zu verzeichnen ist.

Die Textilarbeiterinnen und -arbeiter sollen sich dieses Ergebnisses ihrer Ausbeutung in ihrem Kampfe gegen Lohnabbau bewusst werden. Unter Führung der AIZ normwärts im Kampf um Lohnhöhung und Arbeitszeitverkürzung!

Reichsbannerarbeiter für Antifaschistischen Kampfbund

Im Anschluß an den Aufruf zur Gründung des Antifaschistischen Kampfbundes riefen einige Massenbewußte Jungarbeiter zu einer antifaschistischen Versammlung in Karlsruhe auf. Eine große Anzahl von Arbeitern folgte diesem Aufruf. Sie brachten zum Ausdruck, daß nicht nur im Stadtteil, sondern im Stadtmaßstab die Gründung einer Ortsgruppe des Antifaschistischen Kampfbundes stattfinden müßte. U. a. sprach auch ein Reichsbannerarbeiter, der betonte, daß das Reichsbanner keine Abwehrorganisation gegen die braune Welt sei. Die neu gemeldeten Reichsbannerarbeiter, SPD-Arbeiter und Jungkommunisten lösten eine Entscheidung, die zur Gründung einer Ortsgruppe aufzufordern und wählten eine Delegation für eine im Stadtmaßstab stattfindende Konferenz zur Gründung einer Ortsgruppe.

Witterungsaussichten für Mittwoch den 8. Oktober: Von zeitweiligem Nulldruck abgesehen, vorwiegend wolftages Wetter. Winde wechsellagernde Richtungen an Stärke abnehmend. Barometerstand im Gebirge sehr kühl. Rat im Hochland in den Mittagsstunden gemäßigter Temperatur. Witterungsverbesserung wahrscheinlich nicht länger als 24 bis 36 Stunden vorhaltend.

Der Völkerverbund im Schatten der Krise

„Friedens“bund finanziert Rüstungen gegen Sowjetunion — Paneuropa im Ausschluß begraben — Nur der Kommunismus bringt nationale Befreiung

Nach einer der üblichen phrasenhaften Friedensreden von Lord Robert Cecil wurde am 4. Oktober die erste Tagung des Völkerverbundes mit einer Schlußanfrage des diesmaligen Präsidenten Titulescu geschlossen. Titulescu betonte, daß der Hauptzweck der diesjährigen Tagung das Bestreben gewesen sei, nüchtern und sachlich aus dem Bereich der allgemeinen Ideen auf den Boden praktischer Arbeit zu gelangen.

Diese Ausführungen bestätigten, daß der Völkerverbund in seiner nunmehr abgeschlossenen Tagung nüchterne Beschlüsse zu seiner Hauptaufgabe, der Organisierung des Krieges gegen die Sowjetunion, gefaßt hat.

Die diesjährige Völkerverbundstagung fand vollkommen unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise, unter deren Stachel alle imperialistischen Gegensätze sich verschärfen und kriegerische Bemühungen in den Vordergrund treten. Bei jeder, auch der kleinsten Frage, kam eine unüberbrückbare Kluft zwischen den kapitalistischen Mächten.

In den ersten Tagen des September schleppten sich die Verhandlungen langwierig und äde dahin. Die Blide aller Delegierten waren nach Deutschland gerichtet, wo der Wahlkampf tobte, dessen Ausgang von den Vertretern aller Staaten mit der größten Spannung erwartet wurde.

Nach den Reichstagswahlen war die Vermittlung unter den Delegierten nicht zu vertuschen. In allen Ländern schlug als Auswirkung der deutschen Wahlergebnisse eine Welle des Faschismus und Chauvinismus hoch. Imperialistische Gruppierungen lockern sich. Neue Kombinationen entstehen. Die Genfer Verhandlungen traten in den Hintergrund, weil die neuen Konstellationen noch nicht so gecligt sind, um auf Genfer Boden neue Ränke schmieden zu können.

Doch hat die Genfer Tagung einige Ergebnisse erzielt, die für das internationale Proletariat von größtem Interesse sind.

Durch die 11. Völkerverbundstagung wurde ein seit langem bestehender Zustand offiziell sanktioniert: Die Finanzierung der Kriegsvorbereitungen der kleineren Staaten durch den Völkerverbund. Ein auf finnische (!) Initiative zustandegekommener Entwurf wurde angenommen, wonach „bedrohte“ Staaten durch den Völkerverbund finanziell unterstützt werden. Die Rührigkeit dieses Beschlusses sind in erster Linie die Länder Ost- und Südosteuropas, die sich, wie ja bekannt, durch die Existenz der Sowjetunion dauernd „bedroht“ fühlen.

Die deutsche, italienische und japanische Delegation hatten aus Konkurrenzgründen beantragt, die finanzielle Hilfe nur zu gewähren, wenn bereits ein Angriff erfolgt sei. Doch gegen sie später ihren Antrag zurück, so daß vom vielgepriesenen „Instrument des Friedens“ heute schon Milliardenbeträge in die Kassen der kriegerischen Randstaaten fließen, die in Kanonen und Giftgasen gegen das werftätige Volk der Sowjetunion angelegt werden!

Die Paneuropa-Konferenz, die neben der Völkerverbundstagung tagen sollte, löste sich nach 2½ Stunden auf, nachdem sie Briands Bericht entgegengenommen hatte. Paneuropa, das Projekt einer engeren Zusammenarbeit der europäischen Staaten mit einer deutschen Spitze gegen die Sowjetunion, dieser gut ausgedachte Plan einer Befestigung der Vorherrschaft des französischen Imperialismus in Europa, scheiterte. Nur die französischen Botschafter stimmten unter Vorbehalt zu. Mit besonderer Schärfe wandte sich England, der größte europäische Rivale Frankreichs, gegen das Projekt. Briands Vorstoß ist gescheitert. Sein stolzes Projekt verschwindet in einer „Studienkommission für die europäische Einigung“. Sein Mißerfolg wird ihm den Hals kosten. Nachdem die deutschen Wahlergebnisse zur Aufpeitschung aller chauvinistischen Leidenschaften ausgenutzt worden sind, steht in Frankreich noch eine aggressive Außenpolitik auf der Tagesordnung.

Antisowjetische — das war härter als je die Weltöffentlichkeit zur Genfer Tagung. Eine Reihe von kleineren Be-

schlüssen enthalten eine deutliche Spitze gegen den allgemeinen Feind aller imperialistischen Staaten. Der Wirtschaftskrieg zur Stärkung des sozialistischen Aufbaues, den das Dollarkapital eingeleitet hat, fand in Genf sein Echo. Der kanadische Handelsminister Flaudin, der Insipitator der sowjetfeindlichen Agrarkonferenzen der Balkanländer und der Randstaaten, ergriff die Initiative.

Ein imperialistischer Europapakt gegen den sowjetrussischen Export, dahin geht der Wunsch des französischen Kapitals. Gemeinliche Beschlüsse gegen die „Schmutzkonkurrenz“ der Sowjetunion wurden angesichts der bevorstehenden Gegenläufe noch nicht gefaßt — es gibt immerhin noch zahlreiche Interessengruppen, denen an den Aufträgen aus der Sowjetunion viel gelegen ist. Aber die neue Hege durchstößt bereits alle Länder, insbesondere den unter der Agrarkrise leidenden Kleinbauern wird die noch nicht 2 Prozent des Welthandels betragende sowjetrussische Ausfuhr als Schrotzgespenst an die Wand gestellt, das den Wohlstand der kleinen Händler fröh.

Bei der Behandlung des Schutzes der nationalen Minderheiten zeigte sich die ganze Unfähigkeit der kapitalistischen Staaten, die nationale Frage zu lösen. Der Schweizer

Delegierte schlug eine sehr harmlose Resolution vor, in der lediglich Achtung vor der Religion, der Sprache und Kultur der immerhin etwa 60 Millionen umfassenden nationalen Minderheiten Europas vorgeschlagen wird. Und schon erhob sich die Gemüter. Polen, das gegenwärtig in Ostgalizien die Ukrainer mit Methoden unterdrückt, die nach bürgerlichen Maßstäben die blutigsten Jarezuel in den Schatten stellen, Italien, dessen Erschießung der kowenischen Freiheitskämpfer Protestkürme in der ganzen Welt ausgelöst hat, Rumänien, dessen Pogrome gegen die bessarabische Bauernschaft berüchtigt sind, kurzum alle Staaten liefen Sturm, verteidigten mit schönen Redensarten ihr „Recht“ der Anechtung von Millionen Menschen fremder Nationalität. Moralisch entrüstet stellten sich nur Vertreter solcher Länder, die irgendeine „Verhinderung“ sind, nationale Minderheiten zu unterjochen.

Gerade in den Tagen, wo nach langer Debatte eine nichtsagende Entschließung zu dieser Frage angenommen wurde, verschärfte Pilsudski sein Schredenregime, wuchsen sich die Freiheitskämpfe der sozial und national unterdrückten Ukrainer in Ostgalizien bis zu einem kriegerischen Zustande aus, häuften sich die Klagen aller nationalen Minderheiten Europas über den unerträglichen Druck.

Friedlich und freundschaftlich ist dagegen das Zusammenarbeiten und Zusammenleben der unzähligen in der Sowjetunion vereinigten Völkerschaften, deren jede ihre Eigenart bewahren kann!

Wahr, deutlicher als durch die Völkerverbundberatungen kann nicht demonstriert werden, daß nur der Kommunismus im Sinne der in der Programmklärung der KPD zur nationalen und sozialen Befreiung entwickelten Linie die nationale Frage lösen kann.

Pilsudskis Wüten in Ostgalizien

Barbarische Strafmaßnahmen gegen die gesamte werftätige Bevölkerung

Warschau, 6. Oktober.

Die tschischen Strafexpeditionen in Ostgalizien der West-Ukraine haben wie Vandalen. Täglich laufen Nachrichten über Massenmordaktionen, über der Bauernschaft auferlegte Kontributionen, über Verhaftungen, Massenhaftungen und Vernichtung ukrainischer Bildungs- und Wirtschaftsorganisationen ein. Es wütet ein ganzes System außerordentlicher Repressalien.

Sogar die kurzen Nachrichten der ukrainischen bürgerlichen Presse spiegeln ein fürchterliches Bild wieder.

Das Organ der ukrainischen Radikalen, „Promadzi Holos“, schildert die fürchterliche Bestrafung aufständischer Bauern durch eine im Kreise Larnowo nach Kuzschingy geleitete Strafexpedition. Die Expedition, bestehend aus 100 Polizisten, erschien im Dorf zweimal, am 22. und 23. September. Bei allen Bauern fanden Hausdurchsuchungen statt, wobei diese grausam getötet und die arbeitslosen Bauern schweren Mißhandlungen unterworfen wurden.

In der Westukraine fanden im September allein 28 Prozesse wegen Zugehörigkeit zur KPD und Beteiligung an Strafen-

demonstrationen statt. Am 1. Oktober begannen in Brzeggan ein Prozeß gegen 82 ukrainische Bauern des Landbezirks Komarnicki, die der Widerleglichkeit gegen die polnischen Behörden angeklagt sind.

Im Oktober findet vor dem Gerichtshof von Kowel ein Prozeß gegen 140 ukrainische Arbeiter und Bauern statt, die der Zugehörigkeit zur KPD der Westukraine angeklagt sind. Der Prozeß wird drei Wochen dauern.

Die Krise in Belgien

Brüssel, 6. Oktober. Die Krise in Belgien verschärfte sich mit jedem Tage. Die Zahl der Arbeitslosen wächst ständig. Die amtliche Statistik führt für den Monat September etwa 80 000 Arbeitslose und Kurzarbeiter an, umfaßt aber nur die gewerkschaftlich organisierten, die der Reichsarbeitslosigkeitskasse angeschlossen sind und nur 600 000 von mehr als 1 200 000 Arbeitern umfassen. Die Zahl der Arbeitslosen wird also etwa 250 000 betragen.

Die KPD Belgiens organisiert eine Kampagne mit den Forderungen: Arbeitslosenunterstützung für alle Arbeiter, Arbeitslosenunterstützung bis zum Erhalt vollständigen Lohnes.

Auch gegen die Herabsetzung der Löhne um 4 Prozent in den Kohlengruben führen die Kommunisten einen energiegelichten Kampf.

Kurze Auslandsnachrichten

In Buenos Aires (Argentinien) ist der Befreiungskampf auf unbestimmte Zeit verlängert worden.

In Portugal wurden zahlreiche Personen wegen angeblicher Vorbereitung eines Aufstandes verhaftet.

Aus Havanna (Kuba) werden Massenverhaftungen revolutionärer Arbeiter und Studenten gemeldet.

Auch Brasilien von der Umsturzwellen erfasst

Newport, 6. Oktober. Aus Rio de Janeiro treffen stündlich Nachrichten ein, die von Erfolgen der Aufständischen im Süden und Norden berichten und den zunehmenden Ernst der Lage erkennen lassen.

Nach einer Meldung der Associated Press aus Montevideo soll die brasilianische Bundesregierung den Aufständischen ein Friedensangebot gemacht haben, das jedoch von den Führern der Aufstandsbewegung abgelehnt wurde.

Der brasilianische Bundeskongreß hat 10 Millionen Dollar zur Bekämpfung der Aufstände bewilligt.



(Copyright by Internationales Arbeiter-Büro, Berlin.)

7. Fortsetzung.
„Wir schwanken dort ein, wo unser Redner spricht!“ jagte der und streckte den kurzen, biden Arm nach der Richtung hin.
„Laß, Köbes, wir hören uns lieber die anderen an!“
„Wir haben heute an einem Strang zu ziehen!“ rief Trauten leidlich.
„Dann läßt du nicht lange mit, Kumpel!“
„Stöhn!“ Trauten war empört.
Der Zug folgte Franz Kreuzat, zu Trautens Aerger, nach einer Stelle hin, wo von einem Lastkraftwagen aus eine helle, lebendige Stimme erscholl. Ohne Kopfbedeckung, das ganze Körper in lebhafter Bewegung, klein, doch kraftvoll, so stand und sprach der Spartakusredner von dem Wagen in die Masse hinein:
„Man hat uns genug betrogen, Genossen! Denkt an den Arbeitermord in Berlin, in München, überall! Mit Maschinen geweheten hat man ewer Vertrauen gelohnt! Mit Handgranaten unsere Forderung auf Einführung der Sechstundentagschicht erwidert! In nichts unterscheidet sich die Oberklasse von der jetzigen Kapp-Lüttich-Regierung! Nur die Machtübernahme durch euch, das Proletariat, sichert den Sozialismus!“
Im aufbrausenden Tumult erklangen die Worte der anderen Sprecher. Donnernde Bravo-Rufe. Die Masse klüftete sich, wandte ihre Aufmerksamkeit dem jungen Redner zu. „Wer glaubt, daß sich die kapitalistischen Horden durch einen Streik abglauben lassen? Wir fordern sofortige Entlassung der arbeitsscheuen Reichswehr und Polizei, Bewaffnung der Arbeiter!“

„Bravo!“ „Waffen!“ Trauten schüttelte den Kopf. „Wenig, wie unvorsichtig! Wofür die Hege? Mit dem Generalstreik lassen wir's bestimmi! Die Polizei ist doch vereidigt!“
„War es die Reichswehr nicht?“ fuhr ihn ein Arbeiter an.
„Wir haben hier nur mit der Polizei zu rechnen und die steht auf unserer Seite!“ verteidigte sich Trauten.
Rings um den Platz herum zog sich ein Ring mit Gewehren ausgerüsteter Polizisten.
„Stöhn sie!“ Der Arbeiter wies nach den Polizisten an.
„Wenn sie zu uns stehen, wofür tragen sie dann Gewehre?“
„Sie müssen für Ordnung sorgen!“
Die Arbeiter wandten sich Trauten zu. Ein kleiner Kreis Neugieriger umschloß ihn.
„Was brauchen wir die zu unserer Ordnung?“
„Der Dide schmeißt!“
„Du bist auch weder kalt noch warm!“
„a Lauen!“
„Beruhige, Kollege, geh' bei die Grünen, laß dir die Presse vollhauen!“
Trauten zwangte sich durch den murrenden Kreis hindurch. Er suchte Franz und fand nach einigem Platzüberqueren den Raup, der auch nach Franz suchte.
„Ra, Jakob?“
„Man soll solche Heißsporn nicht reden lassen, wie den dort!“ Trauten zeigte zurück nach dem Wagen, wo der Spartakusredner immer noch sprach.
„Warum denn?“
„Der fordert Bewaffnung der Arbeiter! Ein Unfuss! Sondern gleich! Wofür haben wir den Generalstreik?“
„Der genügt nicht, die Polizei schwant noch!“
„Stöhn, sie steht zu unserer Regierung!“
Raup kam vom Parteibüro her. Dort hatte er erfahren, daß die Offiziere der Polizei sich mit der Kapp-Lüttich-Regierung verständigt hätten. Es waren erste Zusammenstöße zu befechten.
„Die Grünen sind uns nicht gut gesinnt! Du wirst noch Wunder erleben!“ sagte Raup.
Trauten wehrte sich hartnäckig gegen dieses Mißtrauen. Für ihn war die Polizei auf die Verfassung vereidigt und er ließ es sich nicht ausreden.
Die Redner hatten zu sprechen aufgehört. Die auseinandergerissenen Jüge formierten sich wieder. Es bildete sich eine unabschließbare Demonstration. Die Grünen waren auf einmal spur-

los verschwunden. Raup, der Franz bei den Stoppenbergern gefunden hatte, winkte einem Mann, der auf dem Platz stand und die aufmarschierenden Jüge mit den Augen abschufte.
„De, hallo Willem! Röhler hierher!“
Der Genosse wandte sich um und bemerkte den winkenden Raup. Er kam näher. Ein mittelgroßer Körper, mit kräftigen Schultern. Ein rundes, doch ein wenig blaßes Gesicht mit gestautem Schnurrbart. Es war der Vertrauensmann der Unabhängigen der Ortsgruppe.
Er machte ein gekünsteltes Gesicht. „Was macht ihr denn? Ohne mir was zu sagen, haut ihr eigene Haut los!“
„Wir können nicht warten, bis du da bist! Treu dich doch, daß wir auch ohne dich fertig werden!“
Mähler wußte, daß hinter dem Ganzen Jupp Jermad steckte. „Der Jupp muß sich ein wenig nach der Ortsgruppe richten!“ sagte er.
Raup wurde ärgerlich. „Was hast du gegen den? Er macht's doch richtig! Wo seid ihr denn am ersten Tage gewesen, als euch die Belegschaft brauchte?“
„Krag nicht so dumm!“ Mahler wurde grob. Er hatte sich damals nicht entschließen können, zu der Belegschaftsversammlung zu sprechen. Der Betriebsrat hatte getrunken.
Franz Kreuzat konnte den groben Kerl nicht leiden. Er fühlte sich verpflichtet, Jupp Jermad zu verteidigen: „Jupp hat sich von der ersten Stunde an darum gekümmert!“
Mähler sah ihn geringschäßig an. „Du auch schon?“
Franzens Gesicht übergoß sich blutrot. Er wandte sich gestraunt ab. Auch Raup gefiel das anmaßende Wesen des Vertrauensmannes nicht.
„Du scheinst einen gelassen zu haben!“ sagte er scharf. Er beachtete ihn nicht weiter.
Der Demonstrationszug schob sich ruckweise vorwärts. Scheinend winkten die Ordnung. Die Sonne überzog sich mit grauen Wolken. Mit ihr verschwand auch die wenigste Wärme, und die Wartenden fingen an zu frieren.
„Los doch, gottverdammt!“
„Die scheinen vorn festgerammt zu sein!“
„Welleicht ham die Grünen abgepörrt!“
Rur langsam ruckte es weiter. Ein paar Schritte. Halten. Wieder einige Meter vor, wieder Halten. Dabei war die Spitze schon in der Nähe des Hauptbahnhofs.
(Fortsetzung folgt.)

Dresden-A.

Hänel ist stadtbekannt für gute Ware und niedrige Preise 5% Rabatt Annenstr. 48, an der Annenkirche 8976

Bei Wigräne und Nervenschmerzen **Amos Nervenpulver** Germania Apotheke, Wettinerstr. 29 24stündige Lieferung der Arznei aller Krankheitsfälle 8970

Lose aller Lotterien empfiehlt **Adolph Nessel**, An der Kreuzkirche 1 8993 Referiert für Eto 8971

Butter-Großhandlung Spezialität: Dänische und mecklenburgische Butter **Paul Singer**, Falkenstr. 7 8997

Optiker Ed. Wiegand Wallstraße 8 8837

Rudolf Dörerschmidt, Holtenstr. 29b Schule für Strick- und Woll- Reparaturarbeiten 8809

Optiker Schultze Freiburger Straße 8 Heiligt Sie zu Ihrem Vorteil 8420

Blousen-Ecke Aeltestes Spezialgeschäft für Blusen u. Kleider / Webergasse, Ecke Altmarkt 8829

Werkzeuge für jedes Handwerk, für das Hausamt Eisen-, Stahl-, Holzwaren, Fenster-, Tür- u. Möbelbeschläge, Feid- und Gartengeräte, Dekorations-Artikel

E. Harnapp Dresden-A., Kreuzstraße, Tel. 13433 und 13462 8826 **Möbelhaus Schneider** Große Jägerstraße 9 Möbel gut und billig Zahlungserleichterung 8974

Radio - Spezial - Haus Grohmann Dresden Reibbahnstraße 3 8625

Vervielfältigungs-Apparate und sämtliche Zubehör / Kurt Praytag, Weißbachstraße 27, Fernsprecher Nr. 20110 8624

Tabakwaren H. Fülle Moritzstraße 15, Ecke Schießgasse 8607

Brambacher Sprudel Generaldepot Hermann G. Müller Am Schießhaus 11 8934

Schallplatten Sprechapparate **Musikalien Zauberflöte** Wettinerstraße 35 8604

Schreibmaschinen, Vervielfältigungs-Apparate in jeder Preislage Papier und Zubehör

Curt Träger, Zirkusstraße 7 Tel. 18 950 7981

Sediser-Kneipe Poppitz 13 Arbeiterverkehrslokal 8632

Dresden-Löbtau

Viktoria Drogerie Kappelndorfer Str. 30 Drogen - Farben Lacke 8992

Drogerie zum weißen Kreuz Alfred Sachfenröder Reifelsdorfer Straße 24 Tel. 16682 8981

Mag Schmalz Feine Fleisch- und Wurstwaren Wernerstraße 44 8710

Mag Scheibe Lübecker Straße 2 Kronprinzenstraße 51 Telefon 17821 8828 Kartoffeln / Futtermittel

Fein- und Weibäckerei **Herm. Kosche** Reifelsdorfer Straße 5 und 42 Wallmuthstraße 35 8797

Der **Verein der Bierhändler** von Dresden u. Umgegend e.V. empfiehlt seine vorzüglichen Flaschen-Biere hiesiger und auswärtiger Brauereien sowie Mineralwasser und Limonaden

Referiert 150 **Gasthof und Ballsaal Bürgergarten** Lübecker Straße 16 Freitags und Sonntags mod. Ball Verkehrslokal der Dresdner Arbeiterschaft 8790

Möbelhaus Richard Schmieder empfiehlt seine große Auswahl in Möbel aller Art Reifelsdorfer Straße 17 im Hause der Musenhalle 8800

Alwin Ritscher Grillenburg, 64e Holtenstraße 8111-12 Fleisch- und Wurstwaren 8726

Wild / Geflügel / Feinkost Oskar Grundmann Reifelsdorfer Str. 19 - Ruf 10 802 8806

Rondtorel u. Café Paul Müller u. Hell- und Bierhandlung Angenehmer Familienausflug Schiller Straße Nr. 1 8759

Ernst Berthold Reifelsdorfer Straße 1 Edel-Vollaufträge Obst - Süßfrüchte - Konfitüren Grünwaren 8993

Paul Haasmann, Reifewitzer Str. 18 Feine Dekorwaren und Kerzenartikel 8798

Butterhandlung „Coreley“ Reifelsdorfer Straße 12 Spezialgeschäft für Butter, Eier, Käse - Fett- und Fleischwaren 8934

Restaurant Zur guten Quelle Inh. Erich Schneider Frankenberg, Ecke Reifewitzer Straße 8787

Bäckerei, Kaffeeküche Karl Wiegand, Dresden-Großb. Reifelsdorfer Straße 222 Telefon 27 613 8799

Ernst Stiller Reifelsdorfer Straße Nr. 74 Spezialgeschäft für Rade, Baden, Urlaub 8796

Gerhard Römer Saalhausener Straße 1 Dekoratassen - Konserven - Kolonialwaren 8793

Dampfwaschanstalt **W. BRUCHOLD** Eberplatz 12 / Tel. 15728 und 14627 Haushaltwäsche / Gewichtswäsche 8794

West-Apotheke Freiburger Straße 120 Anapathie Homöopathie Anfertigung sämtlicher Krankenkassen-Rezepte 8636

Ärztlich empfohlen **Briesnitzer Mineralbrunnen** GESUNDHEITSFÖRDERND

Dresden-Cotta

Wash- und Plättanstalt Gardinenspannerei Paul Jähmlich Hainstraße 34 8824

Bogi's Lebensmittelgeschäft Weidenthalstraße 58 8825

Turmhaus Gute Lokalkitäten mit großem Gesellschaftssaal u. Kegelbahn 8820

Kurt Ködritz Gottfried-Keller-Straße Ecke Steinbacher Straße Feine Fleisch- und Wurstwaren 8829

Arthur Pieper, Uhrmacher Warthau Straße 10 Großes Lager in Uhren und Goldwaren / Eigene Reparaturwerkstatt 8815

Zum Weinbauer Cotta Sebbelstraße 24 8832

Emil Neuwirth, Hötzigstraße 41 Kolonialwaren und Hauswirtschaft 8827

Oberlausitzer Landmolkerei Penzlicher Straße 27 O. Riedel, Inh. K. Adam 8820

Butterhaus Kleeblatt Inh. Otto Spemann Klappschtrasse 44 8854

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei **Otto Backofen** Kronprinzenstraße 13 7226

Seldnitz **Willy Hennig**, Winterbergstraße 74 ff. Fleisch- und Wurstwaren Delikatess- u. Kolonialwaren 7229

Wlfrid Pled, Bäckerei u. Konditorei Hobensacker Straße 114, Tel. 31442 7165

Dresden-Loschwitz **Gasthof zur Eule** Jeden Sonntag Ball Paul Schreiber, Grundstraße 100 8548

Bruno Gräfer Cottaebauer Straße 22 Schuhreparatur und Lederhandlung 8851

Sonnen-Apotheke Hamburger Straße 83 / Anfertigung sämtlicher Krankenkassenrezepte / Anapathie / Homöopathie 8883

Kochschichterei Walter Teichmann Sebbelstraße 3 8888

Weidenthaler Hof Weidenthal- u. Wilhelm-Quana-Straße 8826 Vertikalhof der Arbeiter

Hänel's Textilwaren Warthauer Straße 24 8516

Frieda Arnold, Leutenicher Str. 27 Lebensmittel 8819

Lebensmittelgeschäft Paul Müller Leutenicher Straße 15 8813

Möbelhaus Hugo Liebig empfiehlt seine große Auswahl in Möbel aller Art / Pennricher Str. 32 8821

Lebensmittel Lydia Bergemann Reifener Leutenicher 1 8839

Alfred Rudolph, Weidenthal-Drogerie Dresden-Cotta, Gottfried-Keller-Straße 85 7257

G. Burm Oderwitzer Straße 3 Lebensmittel Delikatessen 8834

H. Kühnel Schuhwarenhaus Warthauer Str. 23 8517

Dresden-Reick **Rudolf Weigt**, Mägdelner Straße 2 Brot, Weiß, Feinbäckerei Spiz, Roggen-Brot 8828

Dresden-Laubegau Demenstempel meine Spezialität Oberlenden, Urtagsbrotchen, Kränzen, Röhren, Gaden, überhaupt alles zur Befriedigung **E. Brothaus** Dresden-Laubegau, Sebbelstraße 6 Drogen Einkaufs-Markt 7168

Dresden-Friedrichstadt

Arthur Barthel Drogen / Photo / Farben Friedrichstraße 15 7223

Josef Müller's Restaurant Schäferstraße 24 7230

MAX SCHÜTZE Dampf-Wasch- u. Plättanstalt Schäferstraße 49 7231

Apotheker Hans Steinbach / Drogerie Schäferstraße, Ecke Messingstraße 7235

Dampfwaschanstalt Vorwerkstraße 28 7234

Möbel-Fabrik Richter & Mühlner Anstaltengasse Weidenthalstraße 14, Ecke Friedrichstr. 7236

Bellevue Freitag, Sonnabend und Sonntag ff. Ballmusik Saal u. Vereinszimmer best. empfohlen Walltherstr. 27 7236

Kurt Patters ff. Fleisch- u. Warenwaren / Managerstraße Ecke Schäferstraße 7234

Dresden-Prohils Kurt Ködritz, Tornaer Straße Lebensmittel, Obst, Grünwaren, hausgeschlachte Wurstwaren 7232

Gasthof „Prohils“ Jeden Sonntag Ball, sowie bekannte Ausflugsgaststätte 7251

Dresden **Kenner kaufen** Schokoladen, Pralinen, Kakao 100 eigene Verkaufsstellen 4409

Kenner kaufen Schokoladen, Pralinen, Kakao 100 eigene Verkaufsstellen **Kosa** 4409

Dresden-Johannstadt

P. Wilmann's Papier-Ecke Kleinfeldstraße 3, Ecke Goldbeinplatz 8880

SCHMELZER Große Auswärtige Besondere Teilzahlung Ziegelstraße 19 8800

Milch, Butter, Eier, Käse, Joghurt **Meide**, Goldbeinplatz 7 8845

Zigarren-Wagner Ziegelstraße 1 Brau- u. Zigarren - Kautabate 8820

Musikhaus Otto Friebe Größtes Geschäft der Branche Gegründet 1902 Ziegelstraße, Eckhaus Steinstr. 8820

Reserviert Leder u. Schuhmacher-Bedarfsartikel **W. Wagner**, Ziegelstraße 60 8854

Dresden-Leubnitz „Rombrandt“-Drogerie Drogen - Farben - Photo Finkenbergrstraße 18 8811

Damen- u. Herren-Teile, Spiz, Subkap, Idolite, Paul Richter, Finkenlangstraße 18 7250

Dresden **Chemische Reinigung** Kleiderfärberei, Großwäscherei **W. Kelling** Dresden Filialen überall 7180

Chemische Reinigung Kleiderfärberei, Großwäscherei **W. Kelling** Dresden Filialen überall 7180

Dresden-Silesien

Rosen-Drogerie Schandauer Straße 4 Fein- und Hauswirtschaft - Tel. 31401 8859

Wilhelm-Brot Überall erhältlich 8840

Gaststätte „Dahem“, Manstraße 12 Ecke Leutenicher Straße, Hernsdorfer 8107 8845

Fisch- und Delikatessen-Handlung H. Seifert, Wittenberger Straße 99 8841

Strümpfe, Wollwaren / Hoffmann bekannt durch niedrige Preise für Qualitätswaren 8842 8°/o

Brot, Weiß- und Feinbäckerei Vincenz Kämpferle, Tschimmerstr. 88 8857

Gaststätte „Deutsche Eiche“ Quittenstraße 1 Telefon 31 999 8843

Bäckerei - Konditorei - Café Oswald Pabelt, Schandauer Str. 79 8844 Telefon 31708

Kolonialwaren Schuhreparaturen **FELIX VOGEL** Otto Henze Eilenburger Straße 5 Altstr. 7 8860 8858

Dresden-Kleinzsandwitz Arbeiter, kauft in „Ritemanns Schuhhaus“, Putzplatzstraße 2 8822

Hilffig und gut kauft man im **Kaufhaus Dietrich** Mitternachtschwitz 2 8815

Chemische Reinigung Kleiderfärberei, Großwäscherei **W. Kelling** Dresden Filialen überall 7180

Rund um den Erdball

Furcht und Schrecken sollte der Luftkruzer den indischen Freiheitskämpfern bringen

Das größte Kriegsluftschiff der Welt „R101“ explodiert

Insgesamt 51 Tote — Darunter die Elite der englischen Luftschiffverständigen — Nur 7 von 58 Passagieren gerettet — Der profitgierige Monopolkapitalismus verhindert explosions sichere Luftschiffe

Das englische Riesluftschiff „R 101“, der größte Luftkruzer der Welt, der mit einem Kostenaufwand von elf Millionen Mark erbaut wurde und den Stolz der englischen Imperialisten darstellte, ist am Sonntag morgen auf seiner kriegerischen Manöverfahrt nach Indien, wo es unter den indischen Freiheitskämpfern Furcht und Schrecken verbreiten sollte, in der Nähe von Beauvais, etwa 150 Kilometer von Paris entfernt, verunglückt. Das Luftschiff flog in der Dunkelheit gegen einen Hügel und explodierte. Nach den bisherigen Feststellungen haben dabei insgesamt 51 Menschen den Tod gefunden. Darunter befinden sich neben der Elite der englischen Kriegsluftschiffverständigen 36 Soldaten der britischen Luftmarine. Von der 58 Mann starken Besatzung konnten nur sieben zum Teil mit schweren Brandwunden gerettet werden. Die Bestattung über diese grauenvolle Katastrophe, die als die bisher folgenschwerste in der Geschichte der Luftschiffahrt bezeichnet wird, ist ungeheuer. Die gesamte Weltpresse veröffentlicht in Riesenaufmachung die entsetzlichen Einzelheiten des Unglücks und diskutiert auf das heftigste die technische Seite des Luftschiffproblems.

London, 6. Oktober. Das englische Luftfahrtministerium ist aus begrifflichen Gründen in der Beurteilung der Schuldfrage noch wie vor sehr zurückhaltend. Da man die aus aller Welt einsehende technische Kritik über den Wert des Luftschiffes überhaupt fürchtet, versucht man die Schuldfrage ausschließlich auf das Entfalten einer pöplischen Woe zu schieben, die das Luftschiff mit unübersehbarer Gewalt gegen den Hügel gedrückt und durch den Erdaufstoß die gewaltige Explosion verursacht worden sei.

Ein Geretteter berichtet:

Von den Geretteten haben bisher der Funker des Luftschiffes, Dilsley, und der mit schweren Brandwunden getretete Ingenieur Leech Berichte über den Augenblick der Katastrophe gegeben. Dilsley erklärte: „Nach Ueberfliegen von Beauvais befanden wir uns in 400 bis 500 Meter Höhe, als wir in ein Luftloch gerieten. Das Luftschiff kam leicht wieder hoch, geriet aber in ein zweites Luftloch und wurde gegen den Boden geschleudert. Der Steuermann suchte das Höhensteuer ganz auszunutzen, um das Luftschiff wieder in die Höhe zu reihen, aber im gleichen Augenblick berührte

das Luftschiff mit dem Mittelteil den Boden, und es ereignete sich eine furchtbare Explosion. Ich wurde aus dem Luftschiff geschleudert und befand mich auf einmal etwa 100 Meter von dem Luftschiff entfernt auf dem Ader.

Der Ingenieur Leech berichtet, daß alle Passagiere schliefen, als die Katastrophe eintrat. Nur die Führer und die Wachmannschaften waren wach. Die Explosion des Luftschiffes erfolgte erst nach dem Aufschlagen auf die Erde. Ingenieur Leech konnte den Vertretern der französischen Luftbehörden ziemlich genau angeben, wo sich die einzelnen Fahrgäste während der Katastrophe befunden haben.

Ueberlebender Cook: „Furchtbar, furchtbar!“

Zwei Mann der Besatzung verdanken ihr Leben dem Plagen eines Wasserbehälters über ihrem Aufenthaltsraum. So ergänzt der Funker Dilsley seinen Bericht noch wie folgt: „Bevor ich wußte, was passiert, war ich von Flammen eingehüllt. Das einzige, was wir tun konnten, war herauszuspringen, im Vertrauen darauf, daß wir uns in nicht allzu großer Höhe befanden.“

Ein anderer Ueberlebender, namens Cook, konnte unter dem Eindruck des Entsetzens nur immer wieder stammeln, „Furchtbar, furchtbar!“. Weitere Augenzeugen schildern, daß der Luftkruzer in dem Augenblick, als er mit dem Mittelteil auf die Erde stieß, von einer einzigen riesigen Flamme, von einem Ende bis zum anderen, vollkommen eingehüllt war.

Das Verbrechen des profitgierigen Monopolkapitalismus.

Wären die Berichte der Augenzeugen der furchtbaren Katastrophe in ihren Einzelheiten noch so auseinandergehen. Das eine jedenfalls läßt sich mit aller Bestimmtheit schon heute feststellen, daß das Unglück nicht ein solches Ausmaß angenommen



Luftkruzer „R 101“ vor seinem Indienflug.

hätte, wäre es statt mit Wasserstoffgas mit dem feuerlöscheren Heliumgas gefüllt gewesen. Die Profitgier des amerikanischen Monopolkapitalismus, der aus Gewinn such und imperialistischen Gründen ein Ausfuhrverbot für Heliumgas erzwungen hat, ist also der wahre Schuldige an dem gräßlichen Tode der 51.

Daß aber auch die Leitung des Luftkruzers ein gerüttelt Maß Schuld an dieser größten aller Luftkatastrophen hat, geht aus folgendem Funktelegramm hervor, das um 1.50 Uhr, also 40 Minuten bevor das Unglück geschah, von „R 101“ als letzte Meldung in die Welt gefunkt wurde. Es lautet:

„Zur Zeit befinden sich die Passagiere nach einem ausgezeichneten Mahl und nachdem sie ihre Zigarre geraucht haben, im Begriff, schlafen zu gehen.“

Aus diesem Telegramm geht also mit erschütternder Deutlichkeit hervor, daß die Schiffsleitung, um dem Luxusbedürfnis der „Herren“ Passagiere nach einer teuren Havanna nachzukommen, das Rauchen in den Räumen des Luftschiffes gestattete, das mit Explosivgasen gefüllt war.



Die Todesfahrt „R 101“.

Erst gegen 4 Uhr morgens war das Feuer erlosch. Bis dahin war es den Rettungsmannschaften vollkommen unmöglich, Hilfe zu bringen, da das Feuer eine solche Hitze verbreitete, daß jedes Herankommen ausgeschlossen war. Ueber zwei Stunden lang brannte das Riesenschiff des Luftkruzers wie eine riesige Fackel. Mit graulichem Entsetzen sahen Augenzeugen im Glanz der Flammen Menschen, die verzweifelt versuchten, aus dem Höllefeuer zu entkommen. Alle Toten waren bis zur Unkenntlichkeit verbrannt und verflümmelt. Erst in den Nachmittagsstunden waren die Löscharbeiten beendet.

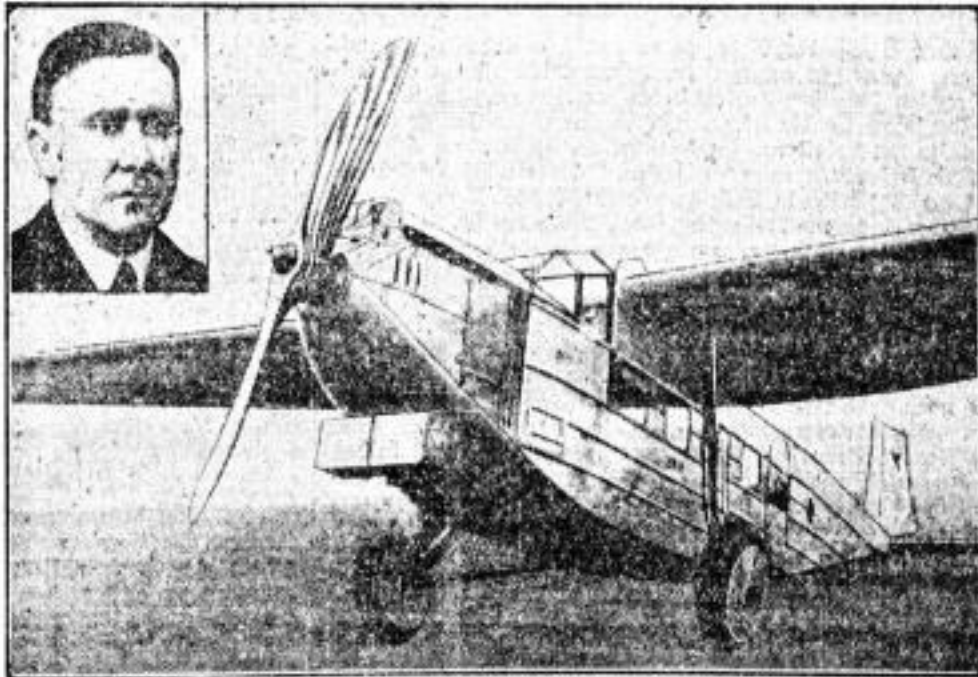
Kurz vor der Landung von einer Bö erfaßt

Die Flugzeugkatastrophe bei Dresden

Verkehrsflugzeug Berlin-Wien „D 1930“ abgestürzt — Sämtliche In affen umgekommen

Das Verkehrsflugzeug „D 1930“, das am Montag morgen fahrplanmäßig um 9.15 Uhr in Dresden landen sollte, ist einige Minuten vor der angegebenen Zeit über dem Reichswaldschloßstand im Preconitzer Grund abgestürzt. Der Flugzeugführer, ein Vormonteur und sechs Passagiere sind umgekommen. Das Flugzeug, eine einmotorige Messerschmidt-Maschine, M 20, wurde vollkommen zertrümmert.

Dresden, 6. Oktober. Nach ergänzenden Mitteilungen von Augenzeugen ereignete sich das entsetzliche Flugzeugunglück genau 9.07 Uhr vor-mittags über dem Preconitzer Grund, östlich vom Dresdener Flugplatz. Das Flugzeug war fahrplanmäßig um 8 Uhr vom Tempelhofer Flughafen in Berlin aufgestiegen, um über Dresden-Preag nach Wien zu fliegen. Fahrplanmäßig sollte die Landung in Dresden um 9.15 Uhr erfolgen. „D 1930“ war bereits über dem Dresdener Flughafen aufgetaucht und war im Begriff, aus etwa 400 Meter Höhe im Gleitflug niedergzugehen, als plötzlich Beamte des Flugplatzes zu ihrem Entsetzen bemerkten, wie das Flugzeug in etwa 2 bis 3 Kilometer Entfernung vom Landungsplatz durchsackte und wie ein Pfeil in ein Gehölz hineinschoß.



Die Unglücksmaschine mit Flugkapitän Post.

Grauenvoller Anblick...

Sofort eilten die Rettungsmannschaften des Flughafen an die Unglücksstätte. Auch die Feuerwehr, die sofort alarmiert wurde, raste mit zwei Löschzügen und einem Pionierzug herbei. Ein furchtbarer Anblick bot sich den Rettern dar. Kostbare Zeit verstrich mit den Vorbereitungen zur Rettung. Wußte man doch zunächst die Trümmer zerlegen und zum Teil auseinander schweißen, bevor man überhaupt die schrecklich auferichteten Toten herausholen konnte. Alle hatten schwere Schädel- und Rippenbrüche. Sieben von ihnen waren bereits tot. Der achte gab noch Lebenszeichen von sich, verlor aber ebenfalls auf dem Transport ins Krankenhaus. Der Flugzeugführer und der Funker, die beide auf dem Führersitz gesessen hatten, waren buchstäblich eingequetscht.

Kaltblütigkeit bis zum Tode

Wie die Untersuchung bisher ergab, ist „D 1930“ unmittelbar vor der Landung, als es aus etwa 400 Meter Höhe im Gleitflug niedergzugehen wollte, von einer Fallbö erfasst und niedergedrückt worden. Dabei freifte die linke Tragfläche einen Baum, das Flugzeug überflieg sich und stürzte

mit voller Wucht in eine Erdmulde, wo sich der Motor etwa 1 1/2 Meter tief in den Boden eingrub. Trotzdem das Flugzeug völlig zertrümmert wurde, so daß es nur noch einen einzigen unentwirrbaren Klumpen von zersplittertem Holz und verbogenen Metallteilen bildet, war zu ersehen, daß dem verunglückten Flugzeugführer Post keinen Augenblick die Geistesgegenwart verlassen hatte. Wie an der Mechanik des Motors festgestellt werden konnte, hat Post einige Sekunden vor der Katastrophe noch die Kaltblütigkeit besessen, die Benzinspeisung abzustellen, so daß ein Brand beim Aufschlagen der Maschine verhütet wurde.

Nach Aeußerungen mehrerer Luftschiffverständiger ist dieses furchtbare Flugzeugunglück ausschließlich auf die plötzlich entstehenden Fallböden zurückzuführen, die bei dem Dresdener Flughafen besonders häufig auftreten. Die Sachverständigen erinnern daran, daß bereits vor einigen Jahren hier einmal ein Flugzeug beim Niedergleiten zu Boden gedrückt und zerstört wurde. Aller Wahrscheinlichkeit nach ist „D 1930“ dasselbe passiert. Die Bö muß die mit gedroseltem Motor herabgehende Maschine mit solcher Gewalt heruntergedrückt haben, daß es dem Flugzeugführer nicht mehr möglich war, das Flugzeug wieder in seine Gewalt zu bekommen.

Arbeiterinnen im Kampf um Lohn und Brot

Nur die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition vertritt die Interessen der Arbeiterinnen!

In den Massenkämpfen der Gegenwart bringt die Arbeiterklasse aus ihren eigenen Reihen auch neue aktive Kräfte in genügender Anzahl hervor, neue Organisationskräfte des proletarischen Kampfes, ohne deren Einwirkung in die Kader der revolutionären Bewegung eine Stärkung der Bewegung unmöglich gewesen wäre.

(Aus den Thesen des 5. RGO-Kongresses.)

Die Wirtschaftskämpfe der letzten Zeit betätigten vollst. diese Kräfte. Bei den verschiedensten Streiks der letzten Zeit beteiligten sich in einem erheblichen Ausmaß die Arbeiterinnen, die Arbeiterfrauen als neue aktive Kräfte in der revolutionären Bewegung. Mit großem Eifer und revolutionärem Kampfeswillen stellten sie sich in vielen Fällen an die Spitze und harrten mit beispielloser Ausdauer und Opferfreudigkeit im Kampfe aus. Dort, wo die RGO aktiv und initiativ gearbeitet hat, hat sie auch das Vertrauen dieser neuen, meist unorganisierten Schichten mit Leichtigkeit erobert.

In der Metallindustrie war es der vor wenigen Tagen beendigte Streik bei Dr. Paul Meyer, Berlin, an dem sich die Arbeiterinnen hervorragend beteiligten. Die Arbeiter und Arbeiterinnen traten dort in den Streik wegen der Minderhaltung eines roten Betriebsrates. Als in einer Streikversammlung ein Kollege „mies“ machen wollte, stand eine Kollegin auf und erklärte:

„Du kümst dich nicht, jetzt zu sagen, es wäre besser, in den Betrieb hineinzugehen? Wir halten durch bis zum Sieg — lieber verrecken wir auf der Straße im Kampf, als im Betrieb uns vom Unternehmer langsam, aber sicher aushungern zu lassen.“

Der Mansfelder Kampf ist ein leuchtendes Janus für die gesamte Arbeiterklasse. Frühmorgens um 2 und 3 Uhr standen die Metall- und Bergarbeiterinnen gemeinsam mit ihren Männern Streikposten auf den Straßen, die zu den Hütten und Schächten führen. Schlafen — nein, zum Schlafen hatten sie keine Zeit mehr und auch keine Ruhe dazu. Mitfümpfen wollten sie! Nie hatte eine Bewegung derart die Kräfte wachgerüttelt. Es ist noch bezeichnend, wenn die Landjäger sich äußerten: „Wenn doch nur die verfluchten roten Menschen heime blieben — man könnte doch ganz anders vorgehen!“ Auf den Frauenkongressen erklärten die Frauen:

„Wenn unsere Männer mit 15 Prozent Lohnabbau in die Betriebe gehen, dann müssen wir genau so viel oder noch mehr hungern als jetzt, wo sie im Streik sitzen. Deshalb ist es jetzt besser, wir halten durch!“

In der Textilindustrie stehen in zahlreichen Betrieben die Arbeiterinnen auf wichtigen Vorposten. In Ebersbach in Sachsen streikten zur Zeit 120 Ringspinnereien gegen die Reduzierung der Wollabläge. In Chemnitz bei der Textilfirma Göritz streikten 500 Arbeiter und Arbeiterinnen gegen einen 15-30prozentigen Lohnabbau. Bei Bär u. Täufer in Grimnitzau sollten den dort beschäftigten 135 Arbeiterinnen 12 Prozent am Lohn abgebaut werden. Gegen den Willen der Reformisten, die mit dem Unternehmer verhandelten, leiteten die Arbeiterinnen die Maschinen aus und erklärten den Streik. In Udingen in Württemberg streikten 200 Arbeiterinnen der mechanischen Weberei schon die dritte Woche gegen einen 15prozentigen Lohnabbau, die dritte Woche gegen einen 10prozentigen Lohnabbau. In Chemnitz streikten die Arbeiterinnen der Unternehmern einen Vorstoß auf 30 Prozent Lohnabbau. Dar-

aufhin sind die Spulereinen und Käherinnen geschlossen in den Streik getreten.

In der Tabakindustrie rebellieren die Arbeiterinnen gegen die fortgesetzten Entlassungen, Betriebsstillegungen infolge der verstärkten Rationalisierung. In der Zigarrenfabrik Daimann, Barnhagen u. Schmidt sollten zwei Arbeiter und zwei Arbeiterinnen entlassen werden. An Stelle der Arbeiter wollte die Firma zwei Arbeiterinnen einstellen, die nach Meinung der Firma besser imstande seien, die Arbeit zu machen, in Wirklichkeit natürlich für den Unternehmer billigere Arbeitskräfte sind. Die Belegschaft beschloß aus Protest am anderen Morgen den gesamten Betrieb stillzulegen. Durch dieses geschlossene Vorgehen unter Führung der RGO wurde die Firma gezwungen, mit dem Betriebsrat zu verhandeln und mußte sämtliche Entlassungen zurücknehmen.

In der Chemieindustrie schulten die Arbeiterinnen unter den miserabelsten Bedingungen. Die schwere, gesundheitschädliche Arbeit macht die Arbeiterinnen frühzeitig krank und arbeitsunfähig. Die Arbeiterinnen in der Wala in der Celko-Betrieb sind gezwungen, durch die Einführung des Ford-Transportbandes ihre Leistungen um 100 Prozent zu steigern. Durch dieses Hefttempo sind sie gezwungen, den ganzen Tag nur noch mit der Gasmaske vor dem Gesicht zu arbeiten. Drei Tage in der Woche

müssen die Arbeiterinnen ausfahren und gehen dann mit einem Lohn von weniger als 16 Mark nach Hause.

Überall verhärtete Ausbeutung — Lohnabbau und noch einmal Lohnabbau! Aber auch überall der Wille zum Kampf. Arbeiterinnen aus der Metall-, Textil-, Chemie-, Tabak-, Schuh- und anderen Industrien, schließen sich eng zusammen, stellen sich geschlossen hinter die Forderungen der RGO.

Wählt in allen Betrieben Arbeiterinnenkommissionen!

die als ein Organ der RGO eure Interessen vertreten und den gemeinsamen Kampf mit den männlichen Kollegen im Betrieb organisieren gegen Lohnabbau und Massenentlassungen, für Siebenstundentag mit Lohnausgleich, gleichen Lohn für gleiche Arbeit.

Für diese Forderungen nehmen jetzt die Metallarbeiterinnen Berlins den Kampf auf, der ein Signal für alle anderen Arbeiter ist.

In Verbindung mit der Vorbereitung und Durchführung dieser Kämpfe gilt es überall zu rufen zum

2. Reichskongress wertvoller Frauen, der im November im roten Berlin stattfindet!

Straßenbahndirektion beantragt Amtsenthebung oppositioneller Betriebsräte

Wie bekannt, beschloßen die Belegschaften der Straßenbahn AG in einer gutbesuchten Betriebsversammlung am 17. August auf Antrag des reformistischen Ranges Langer einstimmig den Siebenstundentag mit Lohnausgleich. Der reformistische christliche Betriebsrat fällte unter Führung der Bürokratie diesen Beschluß. Auf Grund dieser Abstimung entließ die Direktion 117 Straßenbahner. Die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition stellte sich einmütig hinter den geschloßenen Beschluß der Versammlung vom 17. August und forderte deshalb die Straßenbahner zu einer Versammlung nach dem Reglerheim auf, um zu diesem Zweck Stellung zu nehmen. Hier zeigte sich schon die Einigkeit von Direktion und reformistisch-christlicher Bürokratie, die Opposition mündete zu machen, indem die Direktion die ausgelegten Einladungsblätter entzerrte und die Bürokratie einen Spießdiener in die Versammlung beorderte und der Direktion benannte. Am 15. Oktober, vormittags 11 Uhr, findet nun vor dem Arbeitsgericht Elschlag der Haupttermin gegen das oppositionelle Betriebsratsmitglied Richard Berger vom Bahnhof Tollenitz statt. Die Direktion stellt hier den Antrag auf Amtsenthebung als Betriebsrat. Es wird dem Genossen Berger der Vorwurf gemacht, er habe in der Versammlung der Opposition die Forderung des Kampfes für den Siebenstundentag mit Lohnausgleich gestellt. Die Direktion führt sich bei der Klage auf 2 Jungen, die beide Mitglieder der SPD und des Gesamtverbandes sind, nämlich der Oberführer Wilhelm Müller vom Bahnhof Witten und der Tassenführer Ludwig Göttinger vom Bahnhof Wallerstraße. Mit Absicht erkennt daraus die Arbeiterklasse die Verbundenheit der Gewerkschaftsbürokratie mit den Unternehmern. Erinnert sei hier

an das Sprichwort: „Der größte Lump im ganzen Land ist und bleibt der Denunziant.“

In helle Wut ist die Gesellschaft gelangt, daß die Opposition von diesen beabsichtigten Massenschritten vorher erzählt. Man sucht bereits nach dem Gewährsmann der Opposition durch eine zu erwartende Privatklage. Die reformistisch-christliche Einigkeit und Direktion beließ es nicht nur bei dieser Entlassung der 117 Straßenbahner, sondern vereinbarte statt Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich Ferialschichten mit Lohnausgleich. Die Straßenbahner haben in den letzten 2 Jahren die Früchte der Rationalisierung am eigenen Leibe verspürt und erkennen mit jedem Tag mehr, daß es notwendig ist, die Voraussetzungen zu einem erfolgreichen Kampf für den Siebenstundentag mit Lohnausgleich zu schaffen. Die Waffen liefern der im August in Moskau stattgefundene RGO-Kongress. Es gilt, in allen Dienststellen Betriebsgruppen der RGO zu schaffen. Die Aufklärung über den Verlauf des RGO-Kongresses und über den Aufbau der sozialistischen Wirtschaft im Lande der Arbeiter und Bauern, Sowjetrußland und unsere künftigen Aufgaben wird der Genosse Paul Stroner am Donnerstag dem 9. Oktober, 19.30 Uhr, im Eldorado, Steinstraße

für die Arbeiter, Angestellten und Beamten der Aktiengesellschaften Straßenbahn, Betriebsamt und der städtischen Betriebe.

in einer öffentlichen Kommunalarbeiterversammlung geben. Alle Arbeiter, Angestellten und Beamten müssen mit ihren Frauen an diesem Tage in der Versammlung erscheinen.

Das Millionenheer der Erwerbslosen durch Massenentlassungen vergrößert

Es vergeht kein Tag, an dem nicht aus allen Industriebezirken Deutschlands Meldungen über Massenentlassungen einströmen. Die Zuspitzung der Krise der Kapitalindustrie wird durch diese Massenentlassungen am deutlichsten illustriert.

Aus Magdeburg wird berichtet, daß die dortige Direktion des Krupp-Werkes 300 Arbeiter entläßt. Auch die Firma Schöffers u. Sudenberg hat dort trotz großer Entlassungen nochmals die Entlassung von 250 Arbeitern in kürzester Frist angekündigt.

In den Stuttgarter Großbetrieben wird ebenfalls die Massenentlassungskampagne verheißt. Im Bosch-Hauptwerk werden 100 neue Entlassungen angekündigt. Der größte Teil der Belegschaft arbeitet nur noch einen bis zwei Tage. Die Süddeutsche Kälberfabrik entläßt am 16. Okt. 50 Arbeiter, die Schuhfabrik Hauwieser wirt 300 Arbeiter auf Pfahler.

Die Hungerrolle steigt von Tag zu Tag. Durch das Brüning-Programm wollen sich die Kapitalisten vor dem Erlauser retten. Die armen Arbeiter können verzehren und hungern Schluck mit diesem System. Massenstreik ist die Lösung gegen Hungertums und Unternehmertreffen!

Glasarbeiter beschließen korporativen Anschluß an die RGO

In einer außerordentlich gutbesuchten Belegschaftsversammlung der Glashütte Geraberg, Thüringen, wurde zu den Angelegenheiten der Glasindustrie auf die Miets- und Feuerungsentschädigung sowie zu dem Stand der Lohnverhandlungen Stellung genommen. Der anwesende Gewerkschaftsbosse des Fabrikarbeiterverbandes war gezwungen, den Banntrutz der Reformisten zuzugeben. Er mußte seinen anderen Ausweg als erneute Verhandlungen.

Ein Genosse vom Betriebskomitee der RGO zeigte unter fürmlischem Feiern aller Anwesenden den Ausweg im gemeinsamen Kampf aller Arbeiter auf.

Die Vertagung beschloß einstimmig den korporativen Anschluß an die RGO und die Gründung einer Betriebsgruppe derselben. Ebenso einstimmig wurde beschloßen, sofort eine Streikabschimmung im Betriebe durchzuführen.



Das Büro der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) befindet sich jetzt Dresden-A., Roienstraße 100. Alle Zuschriften sind an diese Adresse zu richten.

RGO-Anhänger des Verwaltungsbezirks 1

Das Verwaltungsbezirkskomitee 1 in Dresden hält seine Sprechstunden jeden Montag und Freitag von 17 bis 19 Uhr im Bürgergarten ab. Dasselbe findet auch die Materialausgabe für den Verwaltungsbezirk 1 der RGO statt.

Die Pleite der Nazis bei Geidel & Naumann

Verhindert die Bildung faschistischer Betriebszellen durch Schaffung von antifaschistischen Betriebsvereinen und RGO-Betriebsgruppen!

Am Freitag, 3. Oktober, früh, verteilten die Nazis vor dem Betrieb Geidel & Naumann Einladungsblätter zu einer Betriebsversammlung am selben Tage im Bellevue. Trotz der kurzen Zeit war es der Revolutionären Gewerkschaftsopposition von S. & N. gelungen, eine Anzahl Arbeiter zum Besuch dieser Versammlung zu mobilisieren, um den Faschisten entgegenzutreten.

Die SPD-Betriebsräte, die in ihren Worten immer sehr „tapfer“ gegen die Faschisten sind, zogen es in diesem Falle vor, zu knifeln. Am so erfreulicher war festzustellen, daß eine große Anzahl sozialdemokratischer Arbeiter durch ihr Erscheinen gesiegt hat, daß auch sie gewillt sind, dem Faschismus aktiv entgegenzutreten.

Zur Eröffnung der Versammlung hatte man einen Betriebsfremden kommandiert. Auch waren noch ungefähr acht Betriebsfremde Faschisten in Zivil erschienen. Die Versammlung war von ungefähr 70 Arbeitern besucht. Als Referenten der Faschisten waren ein gewisser Uhlmann und der bekannte Stadtverordnete Richter der Nazis erschienen. Während Uhlmann durch seine Ausführungen beweisen wollte, daß es notwendig sei, zur Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse Kapitalisten im Betriebe zu gründen, zeigte das Referat des Stadtverordneten Richter ganz deutlich die Frage des Faschismus. Er betonte mehrmals, daß sie nicht gegen das Kapital wären und daß man zweifellos „Arbeiter“ der Stirn und Faust, die durch ihre Fähigkeit sich den Besitz von Kapital und Fabriken, „erarbeiten“ haben, nicht bekämpfen könne. Er betonte sogar im Gegenteil, daß ja durch diese Männer der Wirtschaft erst die Möglichkeit des Verdienstes von Lohn und Brot für die Arbeiter geschaffen würde. Der Widerspruch der Arbeiter gerade bei diesen Ausführungen zeigte ganz deutlich, daß die Arbeiterklasse von Geidel & Naumann nicht auf den faschistischen Vorn kriecht. Außer den üblichen Thesen gegen das internationale Youngkapital verteidigte der Referent Richter die Politik Fritzs in Thüringen. Er sagte ausdrücklich, daß das, was Fritzd durchgeführt habe, vor allem die Kopfsteuer, zur Sanierung der Finanzen Thüringens, nichts anderes sei, als die Durchführung des Rotprogramms-Entwurfs der Hermann-Müller-Regierung. Hier legte der Sturm der Arbeiterklasse ein. Zwischenrufe wie

„Wo ist Fritzd ein Beauftragter und Knecht der sozialfaschistischen Regierung Hermann Müller, die ja auch den Youngplan unterzeichnet hat“,

u. a. m. unterbrochen den Redner sehr fürmlisch in seinen Ausführungen.

Interessant war noch, festzustellen, wie unangenehm den Nazis die Bezeichnung Faschisten ist. Richter führte aus, daß der Nationalsozialismus nichts mit dem Faschismus zu tun habe, was schon aus dem Worte „Nationaler Sozialismus“ hervorginge. Auch hier zeigte wieder die Empörung der Arbeiter ein, die begriffen hatte, daß dies nichts anderes als eine verlogene Demagogie sei.

Der Schluß der Rede wurde von der Arbeiterklasse mit eifrigem Schwelgen entgegengenommen. Nicht einmal die mitgedachten Faschisten applaudierten dem Redner. In der Diskussion sprach für die Kommunistische Partei der Genosse Ewald Blau zu den Arbeitern. Es war ihm ein leichtes, dem Geschwätz der Nazireferenten entgegenzutreten. Besonders die Feststellung, daß die Nazis sich in Thüringen in der Hingigkeit und Gefolgschaft der Hermann-Müller-Regierung und damit im Dienste des Finanzkapitals befinden, wurde von den Arbeitern mit starken Zustimmungserklärungen begrüßt. Dann ging der Genosse Blau dazu über, die Demagogie des angeblichen Kampfes der Nazis gegen das Youngkapital zu entlarven. Er stellte fest, daß Rothemann, der Führer eines englischen Zeitungskonzerns, im Volksischen Probadater in einem Artikel den Wahlsieg der Nazis als einen Erfolg im Kampfe gegen den Bolschewismus gefeiert hat. Die Verlegenheit der Faschisten steigerte sich noch mehr, als Genosse Blau feststellte, daß auch Hitler persönlich in den Zeitungen eines anderen englischen Zeitungskonzerns einen Artikel veröffentlichte, in dem er seine Treue im Dienste des englischen Kapitals gegen die Welle des Bolschewismus bezeugte. Diese Enttarnung der faschistischen Demagogie gegen das Youngkapital wirkte um so glänzender, da ja England als der führende Faktor beim Abschluß des Youngpaktes gewiesen ist und dieselben Zeitungen, in denen Hitler seine Dienstbarkeit und Treue dem internationalen Finanzkapital beteuert hat, den Youngplan als einen Erfolg bei seinem Abschluß gefeiert haben.

Genosse Blau schloß mit der Aufforderung an die Arbeiterklasse, den

Kampf gegen den Betriebsfaschismus

von Seiten der Arbeiterklasse unter Führung der Revolutionären Gewerkschaftsopposition und der Kommunistischen Partei aufzunehmen. Die anwesenden Arbeiter sollten diesen Ausführungen starken Beifall und Verleihen, nachdem die Faschisten einem weiteren kommunistischen Redner das Wort nicht gaben, demonstrieren das Verfallungslosal.

Außer den mitgedachten Faschisten blieben ganze fünf Arbeiter sowie zwei Arbeiter und ein Angestellter bei den Faschisten. Die häßliche Vertretung des faschistischen Arbeiters stellt der ehemalige Kennjäger Lorenz dar, der das Einkommen von Arbeitergehältern für Kennnetzen eingestellt hat, seit er auf den wahrscheinlich einträglicheren Gengst Hiltner geht. Für die Arbeiterklasse von Geidel & Naumann ist jedoch das Stattfinden einer Nachversammlung von größter Bedeutung. Einestells zeigt es, daß die Faschisten auch in den Dresdner Betrieben ihre Streikbrockerkolonnen zu organisieren versuchen und andererseits die Freiheit der Reformisten gegen diesen Versuch des Faschismus Front zu machen. Alle dort anwesenden sozialdemokratischen Arbeiter werden erkannt haben, wie notwendig es war, dem Faschismus entgegenzutreten. Die Gesamtarbeiterklasse muß jedoch die Lehre daraus ziehen, die Betriebe zur Bildung von antifaschistischen Betriebsgruppen zu mobilisieren.